

---



---

## Taiwan

---



---

### 35 Wirtschaftsministerin tritt zurück

Nach bloß 48 Tagen im Amt reichte Taiwans Wirtschaftsministerin Christine Tsung (Zong Caiyi) am 20. März ihren Rücktritt ein. Als Managerin der China Airlines zu Ansehen gekommen, hatte sie dem Kabinett jene wirtschaftspolitische Kompetenz verleihen sollen, die ihre Amtsvorgänger in den Zeiten der Rezession so oft hatten vermissen lassen. Tsung hatte sich die politische Arbeit jedoch offenbar zu einfach vorgestellt. Sie kam sich, wie sie erklärte, vor wie ein Kaninchen, das sich im Dschungel verirrt hat, ohne sich all der politischen Fallen bewusst zu sein, die da lauerten. Vor allem die übermächtige Opposition im Parlament hatte ihr offenbar zu schaffen gemacht. Mangels politischer Erfahrung war sie mit den Grundzügen des parlamentarischen Prozederes vertraut. Ihre Nachfolge übernahm ihr bisheriger Stellvertreter, der 60-jährige Lin Yi-fu. Er ist Mitglied der oppositionellen KMT.

Tsungs Rücktritt zeigt erneut, wie schwer sich die DPP-Regierung mit wirtschaftspolitischer Kompetenz tut, obwohl in der derzeitigen Situation kaum etwas anderes wichtiger wäre. Mit Tsung ging nicht nur der erste weibliche Wirtschaftsminister des Landes, sondern auch der mit der kürzesten Amtszeit. Lin verfügt über reiche politische Erfahrung und gilt als Spezialist für Außenhandel. Ob er die wirtschaftspolitischen Konzeptionen und Visionen entwickeln und durchsetzen kann, die Taiwan derzeit braucht, bleibt abzuwarten. (FT, 21.3.02; TT, 21.3.02; TH, 21.3., 22.3.02) -hws-

### 36 Doppelskandal um Pressefreiheit und schwarze Geheimdienstkassen

Das von dem Hongkonger Verleger Jimmy Lai in Taiwan herausgegebene Wochenmagazin *Yi Zhoukan* (englischer Titel: *Next*) löste mit seiner

Ausgabe vom 21. März ein politisches Beben mittlerer Güte aus, und zwar gleich doppelt: Zum einen, weil Staatsanwaltschaft und Justizministerium bei der Titelgeschichte auf Gefährdung der Staatssicherheit erkannten und die Polizei losschickten, das Heft zu konfiszieren und die Redaktionsräumlichkeiten zu durchsuchen, zum zweiten, weil der Bericht, um den es ging, offen legte, dass das Nationale Sicherheitsbüro (NSB), das unter anderem mit geheimdienstlichen Aufgaben betraut ist, jahrelang mit Schwarzgeldern außerhalb der parlamentarischen Kontrolle agiert hat. Weitere Enthüllungen auch anderer Presseorgane zerrten sensible Details einer taiwanischen Geheimdiplomatie ans Licht.

Schon zuvor war das NSB ins Zwielicht geraten. Dieses Amt, das dem Nationalen Sicherheitsrat untersteht, einem Gremium unter Leitung des Präsidenten, war Gegenstand einer Untersuchung durch den Kontroll Yuan gewesen. Dieser hatte sechs Büroangestellte, darunter zwei frühere Leiter, Anfang Mai der Pflichtverletzung für schuldig befunden; unter diesen befand sich ein Präsidentenberater sowie der amtierende Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats. Die betreffenden hätten, so der Vorwurf der Disziplinarbehörde, versäumt, das geheime nachrichtendienstliche Budget des Büros zu kontrollieren mit der Folge, dass dessen früherer Schatzmeister Liu Kuan-chün (Liu Guanjun) 192 Mio. NT\$ (ca. 6 Mio. Euro) veruntreute, sich im Jahr 2000 ins Ausland absetzte, als die Sache aufflog, und dort – in welchem Land, ist nicht bekannt – untertauchte. (TT, 6.3.02)

*Next* sowie die Taipeier Tageszeitung *Zhongguo Shibao* (*China Times*) lieferten vierzehn Tage nach dem Verdikt des Kontroll Yuans Details zu der Geschichte mit dem Geheimfond, druckten geheime Dokumente ab und enthüllten, dass der frühere Präsident Lee Teng-hui (Li Denghui) die Einrichtung einer 3,5 Mrd. NT\$ (116 Mio. Euro) schweren Schwarzgeldkasse beim NSB gebilligt habe, die zu Spionageaktivitäten in China sowie zur Abwehr der antitaiwanischen diplomatischen Offensive Beijings diene. Das NSB, das von dem Bericht Wind bekommen hatte, bat die Staatsanwaltschaft, die Veröffentlichung zu verhindern; die

Justizorgane gingen aus unbekanntem Gründen zunächst nur gegen *Next* vor und konfiszierten 160.000 druckfrische Exemplare, konnten den Druck weiterer Exemplare an anderem Ort und die Auslieferung einer erweiterten Nachauflage mit einem Bericht über die Polizeiaktionen jedoch nicht verhindern. Jimmy Lai sowie der Chefredakteur protestierten; mit ihnen sahen in- und ausländische Medien in dem Vorgehen der Justiz einen gefährlichen Angriff auf die Pressefreiheit. Ein amerikanisches Komitee schloss sich den Protesten an. Justizminister Chen Ding-nan verteidigte die Aktion: die nationale Sicherheit sei gefährdet gewesen, und die Pressefreiheit sei missbraucht worden. Präsident Chen Shui-bian meldete sich erst fünf Tage später zu Wort und erklärte, die Pressefreiheit sei ein hohes Gut, das zu schützen die Regierung entschlossen sei. In seinen Äußerungen, die er am folgenden Tag ausführlich wiederholte, verzichtete er darauf, das Vorgehen gegen *Next* und die ebenfalls mit Strafverfolgung bedrohte Redaktion der *China Times* zu rechtfertigen.

Tags zuvor, am 25. März, hatte die Hongkonger *Xingdao Ribao* (*Sing Tao Daily*) weitere Details der Dollardiplomatie enthüllt, deren Zwecken offenbar ein großer Teil der Geheimdienste. Peinlich für Taiwan wurde vor allem, dass auch die Namen von ausländischen Politikern genannt wurden, die Zuwendungen aus dem Schwarzgeldkonto erhalten haben sollen. Außer zwei Japanern betrifft dies eine Washingtoner Public Relations Firma, die mit den NSB-Geldern protaiwanische Lobbyarbeit im Kongress finanzierte; eine leitende Figur der Firma – ein Mann, dem Taipei Taiwanreisen finanziert haben soll – ist heute Mitarbeiter der Bush-Regierung; er soll im letzten Jahr maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die USA Taiwan Rüstungslieferungen im Wert von 4 Mrd. US\$ zusagten. Expräsident Lee Teng-hui, für die Vorgänge verantwortlich, sagte eine geplante USA-Reise ab, angeblich aus Gesundheitsgründen, und verteidigte seine Politik.

Da Taiwan mangels normaler diplomatischer Beziehungen zu allen wichtigen Staaten auf inoffizielle Unterstützer angewiesen ist, um seine Interessen zu fördern, sind die Enthüllungen eine ziemliche Katastrophe.

Auch wenn bislang nur wenige Namen gefallen sind, setzt die Affäre doch alle nicht taiwanischen Fürsprecher und Lobbyisten Taiwans dem Verdacht aus, aus schwarzen Kassen geschmiert worden zu sein, selbst wenn dies im einzelnen gar nicht der Fall war; vor allem aber raubt es den nachweislich Begünstigten ihre Glaubwürdigkeit. In erster Linie sind die taiwanfreundlichen Kreise in Washington davon betroffen.

In Taiwan gerieten die Enthüllungen denn auch gleich in den Parteienstreit. Hatte es zunächst noch geheißsen, der getürmte Exschatzmeister Liu habe den Pressemedien die Geheimdokumente zugeschustert, beschuldigten Parlamentarier der Union für Taiwan-Solidarität (TSU), eines Sammelbeckens von Lee-Teng-hui-Anhängern, den PFP-Vorsitzenden James Soong (Song Chuyu), für die Enthüllungen gesorgt zu haben. Später hieß es seitens der TSU, die Disketten mit den geheimen Informationen seien in der VR China hergestellt worden und die verwendete Komprimierungssoftware stamme ebenfalls von dort. Schlüssige Beweise wurden für diese Behauptungen nicht vorgelegt. Nach Einschätzung des derzeitigen NSB-Direktors kann Liu Kuan-chün nicht alleiniger Übermittler der Geheimdokumente sein. Demnach spricht einiges dafür, dass aktive (oder jüngst noch aktive) Angehörige des NSB hinter der Affäre stecken. Ein plausibles Motiv wäre Rache nach den vom Kontroll Yuan verhängten Disziplinarmaßnahmen.

Die Vorgänge um die Geheimkonten werden in jedem Fall ein parlamentarisches Nachspiel haben. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde beschlossen; wann er seine Arbeit aufnehmen wird, stand Ende des Monats noch nicht fest. Präsident Chen erklärte in Reaktion auf den Skandal, die Geheimhaltung von Dokumenten sei auf eine neue gesetzliche Grundlage zu stellen und die geheimdienstliche Tätigkeit und ihre Überwachung seien neu zu ordnen. Ministerpräsident Yu sagte zudem zu, in allen Ressorts nach etwaigen weiteren schwarzen Konten suchen zu wollen und dem Parlament darüber Bericht zu erstatten.

Während die Pressefreiheit durch die Justizaktionen gegen die beiden Pres-

semedien nicht dauerhaft gelitten haben dürfte, werden die Nachwirkungen der Enthüllungen die Politik in Taipei noch eine geraume Weile beschäftigen, und die Heilung des angerichteten außenpolitischen Glaubwürdigkeitsschadens könnte noch länger dauern. Auch wenn sowohl der Geheimfond als auch die daraus getätigten Zahlungen aus der Ära Lee Teng-huis stammen, ist es der heutigen Regierung anzulasten, dass sie dieses Erbe der Kuomintang-Ära nicht rechtzeitig aufgearbeitet hat und den NSB lange Zeit weiter am Rande der Legalität wirtschaften ließ. (RTHK Radio, Hongkong, nach BBC PF, 20.3.02; CNAT, nach BBC PF, 20.3., 22.3., 26.3., 28.3.02; WSJ, 21.3.02; TH, 26.4.02; TT, 21.3., 22.3., 23.3., 26.3., 28.3., 29.3.02; FT, 21.3., 25.3., 26.3.02; *The Straits Times* online, 26.3., 27.3.02) -hws-

### 37 Vizepräsidentin Lü auf Europareise

In Begleitung einer Delegation besuchte Vizepräsidentin Annette Lü im März den Vatikan und Ungarn, wo sie an der 51. Jahrestagung der Liberalen Internationalen (LI) teilnahm. (Lüs Partei, die in Taiwan regierende Demokratische Fortschrittspartei DPP, genießt bei der LI Beobachterstatus.) Schon das Zustandekommen der Reise wurde in Taiwan als diplomatischer Erfolg gewertet, da Lü nicht als Privatperson, sondern (zumindest zum Vatikan) als Repräsentantin ihres Landes reiste, ungeachtet der obligatorischen Proteste aus Beijing gleichwohl aber von Ungarn und Italien ein Aufenthalts- bzw. Transitvisum erhielt. Laut Angaben der taiwanischen Regierung war es das erste Mal seit 30 Jahren, dass ein Vizepräsident der Republik in offizieller Funktion an einer internationalen Konferenz in Europa teilnehmen konnte.

Auch mit dem Verlauf der Reise konnte die taiwanische Staatsführung zufrieden sein. Im Vatikan wurde Lü vom Erzbischof Jean-Louis Tauran als dem „Außenminister“ des Heiligen Stuhls empfangen; für die Fahrt vom Flughafen zum Vatikan stellte Italien eine Polizeieskorte. 60 italienische Parlamentarier nahmen an einem Abendessen mit Lü teil. In Budapest wurde Lü die Ehre zuteil, auf der Eröffnungssit-

zung der LI zu sprechen. Auch in Ungarn kam es zu einem Abendessen mit Parlamentariern und Parteiführern sowie zu Gesprächen mit liberalen Politikern aus vielen Ländern. Schon letztes Jahr war Lü von der LI eingeladen worden, die Vizepräsidentin hatte vom damaligen Gastgeberland Kanada jedoch kein Visum erhalten.

Die Liberale Internationale, die Präsident Chen Shui-bian letztes Jahr mit ihrem Freiheitspreis ausgezeichnet hatte, zeigte sich Taiwans Situation gegenüber erneut sehr aufgeschlossen. (Vgl. C.a., 2001/11, Ü 33) Dieses Mal traf die Leitung des liberalen Parteienbündnisses zudem auf ein Gastgeberland, das schon in der Vergangenheit sehr auf eine eigenständige Chinapolitik bedacht war und beispielsweise 1998 Jason Hu, als dem damaligen Außenminister Taiwans, die Einreise ermöglicht hatte. Die Kontakte mit der LI, deren Vollmitglied die DPP jetzt werden will, sind für die Partei wie generell für Taiwan zwar von diplomatischem Vorteil, ob Lüs Ungarnreise aber signalisiert, dass Europareisen hochrangiger taiwanischer Politiker in Zukunft leichter sein werden als bisher, darf bezweifelt werden. Das Italienvisum hatte wohl eher mit den Verpflichtungen Roms gegenüber dem Vatikan als mit einer geänderten China-Taiwan-Politik der italienischen Regierung zu tun. (Radio Ungarn, nach BBC PF, 13.3.02; FT, 19.3.02; TT, 19.3., 20.3.02; TH, 20.3., 22.3.02; CNAT, nach BBC PF, 21.3.02) -hws-

### 38 Neues China-Fieber in Taiwan?

Einer jüngst veröffentlichten Untersuchung zufolge sind bereits 75% der 1.900 befragten Unternehmen in Taiwan mit Investitionen in der Volksrepublik China vertreten. Nach ihren Investitionsplänen befragt, gaben lediglich 400 Unternehmen an, sie planten derzeit neue Investitionen; 77% davon gaben jedoch an, auf dem chinesischen Festland investieren zu wollen. Als Gründe für die positive Stimmung gegenüber Investitionen in der VR China werden gemeinhin die dort üblichen steuerlichen Vergünstigungen sowie das Marktpotenzial genannt.

Dies ist nur eines der Beispiele, die gemeinhin zitiert werden, um die Tendenz stärkerer Zusammenwachsener Volkswirtschaften auf beiden Seiten der Taiwan-Straße zu unterstreichen. Taiwanische Investitionen wuchsen Schätzungen zufolge während der vergangenen zehn Jahre auf ca. 60 Mrd. US\$ an. Auch als Abnehmer für taiwanische Produkte wird das chinesische Festland immer wichtiger. Insgesamt bereits 19,6% aller taiwanischen Exporte wurden im zurückliegenden Jahr an die Volksrepublik China geliefert. Damit belief sich das Exportvolumen auf einen Wert von gut 24 Mrd. US\$.

Ob es zu einer völlig neuen Art von „Exporten“ aus Taiwan in die VR China kommen wird, ist trotz allgemein als positiv bewerteter Aussichten nach dem WTO-Beitritt beider Territorien fraglich. Anfang März wurden konkrete Pläne des taiwanischen staatlichen Energieversorgers Taiwan Power Company (Taipower) bekannt, wonach das Unternehmen plant, den Atommüll aus seinen Kernkraftwerken in die VR China zu verschiffen und dort in der Wüste Gobi endzulagern. Nach Berichten aus Taiwan habe Taipower bereits entsprechende Mittel eingestellt.

Nach diesen Plänen befragt, erklärte die Präsidentin des für die Kontakte mit der VR China zuständigen Mainland Affairs Council (MAC), Tsai Ingwen (Cai Yingwen) allerdings Anfang März, ihr sei bislang keine derartige Planung bekannt. Sollte das Unternehmen diesbezügliche Vorhaben realisieren wollen, so müsste der Atommüll jedoch in jedem Fall über einen Drittstaat auf das Festland verschifft werden.

Nach wie vor lehnt Taiwan direkte Verkehrsverbindungen mit dem Festland ab, obgleich seit Januar vergangenen Jahres so genannte „drei kleine Verbindungen“ zwischen den Inseln Jinmen und Mazu auf taiwanischer sowie der Provinz Fujian auf Festlandseite zumindest theoretisch bestehen. Erst Ende Februar 2002 erfolgte jedoch die erste Warenlieferung, die auf legale Weise direkt von Xiamen in Fujian nach Jinmen verschifft wurde. Dabei handelte es sich um ca. 1.900 t Bausand, der von einer Baufirma auf Jinmen geordert worden war. Eine

zweite gleichartige Lieferung erfolgte auf derselben Route nur wenige Tage später. Bereits zuvor hatte es nach taiwanischen Angaben insgesamt 21 Lieferungen aus Xiamen gegeben, die auf direktem Seewege mit Frachtern unter chinesischer oder ausländischer Flagge nach Jinmen verschifft worden waren. Bei der Lieferung Ende Februar handelte es sich jedoch um die erste, für die die notwendigen Begleitpapiere und Genehmigungen sowohl vom Festland als auch aus Taiwan vorgelegen hätten.

An die Öffnung weiterer Häfen und auch Flughäfen Taiwans für direkte Verbindungen über die Häfen der in großer Nähe zum chinesischen Festland befindlichen Inseln Jinmen und Mazu hinaus wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gedacht. Das lassen die Erklärungen des taiwanischen Ministers für Verkehr und Kommunikation, Lin Ling-san (Lin Lingsan), erkennen, der Mitte März in der osttaiwanischen Hafenstadt Hualien (Hualian) auf eine entsprechende Frage hin erklärte, einen solchen Schritt werde die taiwanische Regierung ausschließlich auf der Basis der Gegenseitigkeit tun. Im Übrigen bedürfe die Frage der direkten Verbindungen zwischen Taiwan und dem Festland weiterer Diskussionen.

Eine andere Premiere im Rahmen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße verkündete in der zweiten Märzhälfte die People's Bank of China (PBOC). Erstmals seien zwei Anträge taiwanischer Banken auf Eröffnung einer Repräsentanz auf dem Festland positiv beschieden worden. Gestellt hatten diese Anträge die United World Chinese Commercial Bank und die Chang Hwa Commercial Bank, die jeweils eine Niederlassung in Shanghai bzw. in Kunshan (Jiangsu) planen. Auf taiwanischer Seite war dieser Schritt erst möglich geworden, weil die dortigen Behörden zuvor acht Banken autorisiert hatten, Anträge auf Eröffnung einer Repräsentanz auf dem Festland zu stellen.

Aus der VR China hieß es zu diesem Vorgang, die Anträge der beiden taiwanischen Banken wären gemäß der diesbezüglichen Bestimmungen für Finanzinstitute aus dem Ausland behandelt worden, weil es sich bei Taiwan

und der VR China um zwei unterschiedliche Zollgebiete handle. Umgekehrt unterstütze die PBOC auch die Gründung von Zweigstellen in Taiwan durch Kreditinstitute der VR China. Für China gilt, dass eine ausländische Bank, die dort geschäftlich tätig werden will, zunächst zwei Jahre lang eine Repräsentanz unterhalten muss, bevor sie eine Zweigniederlassung gründen kann.

Solche positiven Nachrichten sind jedoch längst nicht aus allen Bereichen der wirtschaftlichen Kooperation zu berichten. So versuchte beispielsweise Mitte März eine fünfzehnköpfige Delegation der Taiwan Provincial Fishery Association durch eine Reise nach Beijing, das Porzellan wieder zu kitten, das in der Fischereikooperation zerschlagen worden war. Dem Vernehmen nach aufgrund von miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen hatte China im Januar kurzfristig alle in der taiwanischen Fischerei beschäftigten Fischer vom Festland abgezogen und eine weitere Anstellung untersagt.

Dieser Schritt hatte zu erheblichen Rückgängen bei den Fängen der taiwanischen Fischer geführt. Berichtet wird sogar von vorübergehenden Stilllegungen von Teilen der taiwanischen Fischereiflotte aufgrund des plötzlichen Arbeitskräftemangels. Die Fischindustrie in Taiwan hatte sich in den vergangenen zehn Jahren in sehr starkem Maße abhängig von der Beschäftigung von Arbeitern vom Festland auf ihren Fangschiffen gemacht. Selbst zur Überwindung dieser Krisensituation seitens der zuständigen taiwanischen Behörden (Council of Labour Affairs und Council of Agriculture) zugesagte Lohnsubventionen konnten das Problem nicht entschärfen.

In Taiwan sind seit langer Zeit bereits kaum Arbeitskräfte für die harte und schlecht bezahlte Arbeit im Fischfang zu rekrutieren. Dem Import von Arbeitskräften aus Vietnam, den Philippinen oder aus Indonesien zu diesem Zweck stehen wiederum die Schiffs-eigner sehr skeptisch gegenüber. Aufgrund der Sprachbarriere und kultureller Unterschiede zieht man Fischer aus der VR China vor. Ziel der Delegation aus Taiwan war es denn auch, für eine baldige Aufhebung des chinesischen Verbots für die Beschäftigung von Fischern vom Festland auf

taiwanischen Fangschiffen zu werben. Ob die Delegation konkrete Zusagen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen machen konnte, ist jedoch nicht bekannt. (CNAT online, 27.2.02, nach BBC PF, 1.3.02; XNA, 1.3.02; CNAT online, 5.3.02, nach BBC PF, 6.3.02; NfA, 5.3.02; *The Straits Times* online, 12.3.02; CNAT online, 12.3.02, nach BBC PF, 13.3.02; CNAT online, 14.3.02, nach BBC PF, 15.3.02; Xinhua, 19.3.02, nach BBC PF, 20.3.02)

-kg-

### 39 Taiwan gestattet begrenzten Technologieexport nach China

Nach Wochen hitziger Debatten beschloss die Regierung Ende März, in Zukunft die Verlagerung von Mikrochipproduktion nach China zuzulassen. Taiwans Halbleiterkonzerne hatten dies seit langem gefordert. Die Liberalisierung ist jedoch mit strengen Restriktionen verbunden.

Der Beschluss erfolgte entgegen anhaltender Proteste und gravierender Bedenken. Vor allem die kleine Union für Taiwan-Solidarität, einziger Verbündeter der Regierungspartei im Parlament, hatte sich gegen eine Aufweichung oder Aufhebung des geltenden Exportverbots ausgesprochen. Ihre Argumente:

- Die Verlagerung der Mikrochipproduktion nach China führe in Taiwan zu einem Arbeitsplatzabbau.
- Da China Taiwan nach wie vor militärisch bedrohe, verstoße der Technologietransfer gegen nationale Sicherheitsinteressen.
- Der Export von Halbleiter-Fertigungstechnik schwäche Taiwans Wettbewerbsfähigkeit und seine Stellung als Zentrum für Hochtechnologie.
- Die Verlagerung von Produktion nach China sei wegen der dortigen politischen Verhältnisse für die taiwanischen Technologiefirmen mit nicht abzusehenden Risiken verbunden.

Die Regierung, die sich im August letzten Jahres verpflichtet hatte, die damals von einem parteiübergreifenden Wirtschaftsberatungsgremium

ausgearbeiteten Empfehlungen umzusetzen, (vgl. C.a., 2001/8, Ü 38) stand jedoch gegenüber der Halbleiterindustrie im Wort. Am Ende entschied man sich für einen Kompromiss:

Bis 2005 dürfen taiwanische Elektronikfirmen in China nur maximal drei Mikrochipfabriken bauen. Die Investitionssummen werden begrenzt, jedes einzelne Vorhaben muss genehmigt werden. Zum Export zugelassen ist nur die derzeit noch angewendete ältere Technik, die mit 200-mm-Siliziumscheiben (so genannten Wafern) und 0,25-Mikron-Chips arbeitet; zudem sollen diese Fabriken erst dann errichtet werden dürfen, wenn in Taiwan selbst die Produktion nach neuester Technik mit 300-mm-Wafern und feineren Mikrochips (z.B. 0,13-Mikron-Chips) angelaufen ist. Vor allem sollen auch Forschung und Entwicklung in Taiwan verbleiben.

Die Liberalisierung als halbherzig zu bezeichnen erscheint angesichts der zahlreichen Restriktionen schon als übertrieben. Ob sie in dieser Form klug ist oder nur dazu führt, dass (wie schon bisher) versucht wird, die Regelungen zu umgehen, wird sich zeigen. Derzeit hat Taiwan 23 Mikrochipfabriken, die auf 200-mm-Basis produzieren. Sowohl Japan als auch die USA erlauben ihren Halbleiterproduzenten nicht, Anlagen zur Mikrochipproduktion nach China zu verlagern. Aus Japan wurden Taiwan denn auch nachdrücklich Sicherheitsbedenken vorgetragen. (TT, 4.3., 8.3., 9.3., 17.3., 19.3.02; TH, 8.3.02; WSJ, 11.3., 29.3.02; FT, 26.3., 30.3.02; CNAT, nach BBC PF, 29.3.02; IHT, 30.3.02)

-hws-

### 40 Erdbeben erschüttert Taipei

Taiwans Hauptstadt Taipei wurde am Nachmittag des 31. März von einem Erdbeben der Stärke 6,8 auf der Richterskala getroffen. Das Epizentrum befand sich 44,3 km östlich von Hualien (Hualian); die Stärke des Bebens in Taipei selbst wurde mit 5 angegeben. In der Metropolregion entstand auch der meiste Schaden. Mehr als hundert Wohnhäuser wurden als nicht mehr standsicher erklärt und müssen nun abgerissen werden. 220 Personen erlitten Verletzungen meist geringfügiger Natur.

Die spektakulärsten Schäden hatte die Baustelle des welthöchsten Wolkenkratzers, des International Financial Centers, zu verzeichnen, das bei seiner Fertigstellung im Jahr 2004 101 Stockwerke haben und 508 m hoch sein wird: Dort stürzten vom 56. Stock zwei Baukräne herab. Fünf Bauarbeiter kamen ums Leben, 20 Personen wurden verletzt, einige davon schwer. Die Bauarbeiten wurden unterbrochen. Allgemein wurde aber nicht damit gerechnet, dass die Stahlkonstruktion als solche Schaden genommen hat. (TT, 1.4.02, TH, 1.4.02)

Das letzte große Erdbeben mit über 2.400 Toten hatte Taiwan im September 1999 heimgesucht. (Vgl. C.a., 1999/9, Ü 39, 1999/10, Ü 40) -hws-